

Widerstand gegen die Besetzung ihres Landes, sei es in Irak, Afghanistan, Palästina oder Tibet.


Die Besatzungsmächte in Irak und Afghanistan verfolgen oft eine Fata Morgana, die mit der Realität nur am Rande etwas zu tun hat. Robert Dreyfuss zitiert in »The Nation« den ehemaligen US-Botschafter in Saudi Arabien, Chas Freeman, der feststellte: »We haven't invaded Iraq, we've invaded the Iraq of our dreams.« Selbst General Stanley McChrystal schrieb in seinem Bericht: »ISAF has not sufficiently studied Afghanistan's peoples, whose needs, identities, and grievances vary from province to province and from valley to valley.«

Juergensmeyer hat sich vor Ort ein Bild über die Motive der religiösen Aufstandsbewegungen gemacht. So sprach er mit dem paralysierten Scheich Ahmed Yassin im Gaza-Streifen, den Israel am 22. März 2004 durch eine Rakete – abgefeuert aus einem US-Made Apache-Kampfhubschrauber – aus seinem Rollstuhl gebombt hat. Scheich Yassin beschrieb seine islamische Widerstandsbewegung (Hamas) »als das Herz der palästinensischen Opposition«. Eine säkulare Befreiungsbewegung sei zutiefst irregeleitet, da »der Islam so etwas wie einen säkularen Staat nicht kennt«, so Yassin. Der Westen sollte wissen, dass »die Unterscheidung zwischen der PLO und der Hamas eine künstliche« ist. Auf Abbas zu setzen, ist ebenso verfehlt wie auf Hamid Karzai oder Nuri al-Maliki, da allen die Legitimation ihrer Völker fehlt.

»Selbst in Iran ist die Macht des Klerus beschränkt.« Der Westen spricht aber vereinfachend von einem »Mullah-Regime«. Die Vielfältigkeit des Landes fällt so ebenso unter den Tisch wie die Heterogenität der politischen Elite, was das ideologisch gefärbte Zerrbild als Selbsterfüllende Prophezeiung erscheinen lässt. Iran sei alles andere als eine Theokratie. Ebenso sei in anderen religiös motivierten Aufstandsbewegungen die Macht der Geistlichen stark begrenzt. Selbst al-Qaida werde von einem Ingenieur und einem Arzt geführt. Juergensmeyer weist darauf hin, dass die meisten Bewegungen des religiösen Aktivismus organisationsintern demokratische Verfahren etabliert haben. »Über die internen Organisationsstrukturen radikaler Bewegungen von Sri Lanka bis Algerien und von Pa-

lästina bis Montana wurde entweder durch breite Konsultation der Mitglieder oder durch Wahlen entschieden.«

Juergensmeyer hält die Militarisierung der Konflikte gegenüber religiös inspirierten Aufständischen für verfehlt. »Eine überzogene Reaktion der Regierung verschlimmert nur die Lage.« Den USA und der Nato sollte Folgendes zu denken geben. In einem Interview äußerte ein Mullah in Bagdad: »Der Islam wird angegriffen.« Die Präsenz der US-Amerikaner im Irak richte sich gegen die Religion seines Landes; man wolle kein säkulares politisches Regime nach amerikanischem Vorbild.

Die letzten Seiten des Buches sollten gründlich gelesen und bedacht werden, weil die Möglichkeit besteht, dass es zu einem Krieg zwischen Religion und Vernunft kommt. Ein flüssig formuliertes Buch, das Anregungen gibt, wie man jenseits von militärischer Gewalt mit religiösem Nationalismus umgehen sollte. Als Fazit bleibt festzuhalten: Der Westen muss sich von seinem ideologisch bestimmten Konzept des Antiterrorkrieges verabschieden. 

Ludwig Watzal

Ramzy Baroud

The Second Palestinian Intifada

Pluto Press, London 2006, 216 Seiten, 10,99 €

Der Kampf der Palästinenser um einen eigenen Staat ist nach der Spaltung zwischen Hamas und der PLO in einer Sackgasse gelandet. In diesem andauernden Kolonisierungsprozess ist es für eine Kolonialmacht von Vorteil, wenn die Kolonisierten uneins sind. Divide et impera funktioniert perfekt in Palästina. In zwei Aufständen, Intifada genannt, haben die Palästinenser vergeblich versucht, das Joch der israelischen Besetzung abzuschütteln. Insbesondere in der so genannten Al-Aqsa-Intifada haben sich die Spielregeln radikal verändert, schreibt Ramzy Baroud, ein Palästinenser der zweiten Generation, der in den USA als ausgewiesener Journalist lebt und für verschiedenen Medien schreibt; u. a. als Chefredakteur von »Palestine Chronicle«.

In der zweiten Intifada haben beide Parteien einen sehr hohen Preis bezahlt: 5.000 Palästinenser und 1.000 Israelis starben. Erstmals haben sich

zahlreiche junge Menschen als Ausdruck ihres »Widerstandes« gegen die Besetzung freiwillig in die Luft gesprengt, dabei wurden viele unschuldige israelische Zivilisten getötet. Als eine Konsequenz begann Israel mit dem Bau einer acht Meter hohen Mauer in Ost Jerusalem, Bethlehem, Kalkilia und anderen Bevölkerungszentren. Der Rest Palästinas wurde durch den Bau eines Zaunes von Israel abgetrennt. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag entschied in einem Urteil vom Juli 2004, dass der Verlauf der Grenzbefestigungen völkerrechtswidrig sei, da er erheblich von der Waffenstillstandslinie von 1949 abweiche, die als international anerkannte Grenze gilt. Israel ignorierte das Urteil und setzte den Bau der Sperranlagen fort.

In fünf Kapiteln beschreibt der Autor die verschiedenen Phasen der zweiten Intifada, beginnend mit den Gründen für deren Ausbruch. Innerhalb der palästinensischen Bevölkerung führte der Osloer Friedensprozess zu großen Frustrationen, weil dieser »Friedensprozess« viel mit Prozess, aber wenig mit Frieden zu tun hatte. Einige Nahostexperten vertreten die Meinung, die Saat für die zweite Intifada sei mit der Vertreibung der israelischen Besatzungsarmee aus dem Südlibanon gelegt worden; im Mai 2000 ordnete Ehud Barak den überhasteten Abzug an. Hinzu kam die Enttäuschung über das so genannte »großzügigste Angebot« von Barak in Camp David. Das Fass zum Überlaufen brachte der »Besuch« Ariel Sharons auf dem Haram al-Sharif (Tempelberg) in Begleitung von 1.000 Polizisten. Der Aufstand wurde immer gewalttätiger, als israelische Polizisten 13 israelische Palästinenser bei einer Demonstration erschossen.


Baroud erwähnt den doppelten Standard des Westens in diesem Konflikt. Insbesondere die USA verschlossen ihre Augen vor den Gräueltaten der israelischen Armee in den besetzten Gebieten. »While the Sharon government was getting away with murder, in other places around the world war crimes were not always overlooked.« Der Autor weist auf die Rolle Sharons als Kommandeur der berüchtigten Einheit 101 hin, die auf der angeblichen Suche nach palästinensischen »Terroristen« in den Dörfern wehrlose Männer, Frauen und Kinder tötete. Von der »geteilten Verantwortung« Sharons beim Massaker von Sabra und Shatilla 1982

in Beirut gar nicht zu reden, so Baroud. Unter der Sharon-Regierung wurde die zweite Intifada brutal niedergeschlagen und die Palästinensische Behörde in ihre Einzelteile zerlegt.

Der Autor erwähnt das Missmanagement, die Korruption und die schlechte Regierungsführung der palästinensischen Politiker, die ebenfalls zu Frustrationen innerhalb der Bevölkerung geführt haben. Bei der Frage des Widerstandes gegen die Besetzung vertritt Baroud eine klare Haltung. »Palestinian resistance factions must desist from targeting Israeli civilians, with or without an officially negotiated cease-fire, and regardless of the course of action chosen by Israel and its reckless government in response. This decision is imperative if the Palestinian struggle is to safeguard its historic values and uphold its moral preeminence.« Für den Autor steht es außer Frage, dass die Palästinenser ein »legitimate right to self-defense, and the unequivocal right of riddling themselves of so lengthy and so vile an occupation« haben. Aber es ist auch »imprudent for the occupied – who surely possesses the moral edge – to utilize the unmerited methods of the occupier«. Das Völkerrecht unterscheidet klar zwischen einer Besatzungsmacht und der Zivilbevölkerung. »If Palestinians waver from this critical line of reasoning, their historically virtuous struggle risks being diluted with moral corruption.«

Am Ende des Buches stellt der Autor Überlegungen über die »Essentials« der Palästinenser an, die auf keinen Fall aufgegeben werden dürften. Ähnlich den Zionisten, so Baroud, müsste die palästinensische Führung ein klares Ziel vor Augen haben, und dies nicht nur in eine westliche, sondern als eine internationale Priorität verwandeln. Das Recht auf Rückkehr, zu diesem Zweck wurde die PLO gegründet, müsse der zentrale Fokus des palästinensischen Kampfes bilden. Auch die anderen »Essentials« wie Ost-Jerusalem, Siedlungen oder der Grenzverlauf sollten als »nicht-verhandelbar« gelten. Zu guter letzt werde die zweite Intifada allen Menschen mit Gewissen im Gedächtnis bleiben »as a fight for freedom, human rights, and justice«. Auch in der Zukunft bleibe der Volksaufstand eine Option.

Abgerundet wird das Buch durch das exzellente Vorwort von Kathleen und Bill Christison sowie durch die

überzeugende Einleitung von Jennifer Loewenstein, einer US-amerikanischen Aktivistin und assoziierten Mitglieds im Middle East Studies Program der University of Wisconsin-Madison. Sie benutzen eine deutliche Sprache, um die Gräueltaten der israelischen Besatzungsarmee zu beschreiben, die der palästinensischen Bevölkerung in der über 40-jährigen Besatzungsherrschaft zugefügt worden sind. Ein sehr überzeugendes Buch. 

Ludwig Watzal

Francis A. Boyle

Tackling America's Toughest Questions

Clarity Press, Atlanta 2009, 183 Seiten, 14,95 \$


Der Krieg gegen Afghanistan sei »illegal«. Humanitäre Interventionen dienen dem Westen als Vorwand für Aggressionen gegen die Völker des Südens. Die Öffentlichkeit müsse den neokonservativen »Kriegstreibern« widerstehen, die die USA in ein weiteres militärisches Abenteuer gegen den Iran treiben wollen. Diese und zahlreiche weitere kritische Forderungen erhebt der an der Universität von Illinois in Champaign lehrende Völkerrechtler Francis A. Boyle in seinem neuesten Buch.

Die Publikation enthält zahlreiche Interviews, die Boyle seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in alternativen Medien gegeben hat. Daneben gibt es weitere Beiträge, die sich mit der Politik von George W. Bush auseinandersetzen und dessen Politik als einen Anschlag auf die US-Verfassung, das Völkerrecht und die Weltordnung beschreiben. Die Beiträge und die Interviews machen deutlich, dass der Krieg gegen Afghanistan »illegal« ist, von dem Überfall auf den Irak gar nicht zu sprechen, und dass dem hehren Ziel einer »humanitären Intervention« in Wahrheit Aggressionen des Westens gegen die Völker des Südens zugrunde liegen, um sich deren Rohstoffe wie Erdöl und Erdgas anzueignen. Ein »Markenzeichen« der Clinton-Administration war »its manipulation of the doctrine of ›humanitarian intervention‹ and end of ›humanitarianism‹ in order to justify its illegal, aggressive, and imperialist interventions around the world«.

Der Autor spricht dem Westen ab, in Afghanistan Freiheit, Demokratie

oder Menschenrechte durchsetzen zu wollen. Der wahre Grund liege in den Erdöl- und Ergasvorräten Zentralasiens sowie der Kontrolle der Pipelines, die durch Afghanistan verlaufen. Hinzu kommen weitere geopolitische Überlegungen wie die Zurückdrängung des Einflusses Russlands und Chinas sowie des Irans. Die Destabilisierung Pakistans liege ebenfalls im westlichen geopolitischen Interesse, um es aus Afghanistan zurückzudrängen. »The destabilization and fragmentation of this nuclear-armed Muslim state was already part of the Bush jr. neoconservative agenda.«

Boyle gehörte zusammen mit Ramsey Clarke, einem früheren Justizminister unter US-Präsident Lyndon B. Johnson, zu denjenigen, die Mitglieder des US-Kongresses davon überzeugen wollten, gegen Bush ein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten, was aber an den Demokraten gescheitert ist, weil sie fürchteten, ihrem Präsidentschaftskandidat John Kerry könnten dadurch Nachteile entstehen. Aus Boyles Äußerungen wird jedoch deutlich, dass die Demokraten im US-Kongress auch deshalb kein Interesse zeigten, weil sie Bushs »war on terror« mit ganzem Herzen unterstützt haben.

Illusionslos hat er Barack H. Obama aufgrund seiner Aussagen und der Auswahl seiner Berater analysiert. Die irrationale Euphorie der Europäer konnte er nie nachvollziehen. Obamas Präsidentschaft entspreche eher einem dritten Term von Bill Clinton als etwas völlig Neuem. »You are not going to get change with Joe Biden.« Die Ernüchterung über Obama scheint endlich auch in Europa angekommen zu sein. Für Europa dürfte die Einschätzung Boyles über sein Land etwas gewöhnungsbedürftig klingen: »The United States and its Nato Alliance constitutes the greatest collection of genocidal states ever assembled in the entire history of the world. (...) Humanity bears a ›responsibility to protect‹ the very future existence of the world from the United States and Nato.« Die politischen Eliten in Europa dürften wenig Interesse an dieser Sichtweise der Welt haben. Der Autor hält den Finger in die Wunde eines taumelnden Empires. Europa sollte sich dafür interessieren. Die Zukunft bleibt allemal spannend so wie der Inhalt dieses Buches. 

Ludwig Watzal